

2016-02-17

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
24.11.2015

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:20 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

### **Fraktion der CDU**

Gebhardt, Roland  
Trocha, Harald

### **Fraktion der SPD**

Tschammer, Hans

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### **2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, schlug vor, die Tagesordnung zu ändern und vier TOP nach vorn zu legen. Die Punkte 7.13 (alt), 7.15 (alt), 7.16 (alt) sowie 7.17 (alt) in sollen nun in genau dieser Reihenfolge vor Punkt 7.1 (alt) behandelt werden. Dieser würde zu Punkt 7.5 (neu), alle nachfolgenden TOP verschieben sich entsprechend.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, äußerte in den Wunsch, dass der TOP 8.1 – Programm der Städtebauförderung Anträge der Stadt Dessau-Roßlau für das Programmjahr 2016 – in den öffentlichen Teil der Sitzung verschoben wird, da es keine

Gründe für die Nichtöffentlichkeit gäbe. Dies wäre auch im letzten Jahr so gewesen. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass die Informationsvorlage nicht im öffentlichen Teil behandelt werden könne, da es hier um Grundstücksangelegenheiten und direkte Personenbezüge gehe. Es wäre nur bei bestimmten einzelnen Maßnahmen möglich. **Herr Schönemann** schließt sich dem an, die Informationsvorlage bleibt im nichtöffentlichen Teil.

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 1**

Die Tagesordnung wurde geändert bestätigt.

### **3            Genehmigung der Niederschrift vom 14.10.2015**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 14.10.2015 äußerte Herr Meier den Wunsch, seine Aussage zum „European Energy Award“ wie folgt zu ergänzen: „Herr Meier glaubt aufgrund der Nichterreichung der Ziele des Nahverkehrsentwicklungsplanes nicht, dass wir ohne integriertes Mobilitätskonzept den dargestellten Punktstand werden halten können“. Diesem Änderungswunsch wurde entsprochen.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass das Protokoll mit den genannten Ergänzungen durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

### Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 2

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

## **4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 14.10.2015 erfolgten Beschlussfassungen:

*Vergabe von Planungsleistungen  
Infrastrukturprojekt im Bereich der Gewerbegebiete DHW Rodleben und Industriehafen Roßlau, Teilprojekt Industriehafen Roßlau  
Vergabe-Nr. 19/2015 De-Ro  
Vorlage: BV/286/2015/VI-80*

*Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderung.*

*Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0*

## **5 Einwohnerfragestunde**

**Sven Behrend, Pappelgrund 30**, berichtete, er habe in der Sitzung vom 08.09.2015 eine Anfrage zur Kapazitätsentwicklung im Stadtarchiv gestellt und eine schriftliche Antwort zugesichert bekommen. Bisher habe er weder eine Antwort noch einen Zwischenbescheid erhalten.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, konstatierte, dass dies unbefriedigend sei und mahnte an, die Fragebeantwortung künftig stärker nachzuverfolgen. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, merkte an, dass sich bereits eine Lösung abzeichne, diese würde aber jetzt nicht behandelt.

Herr Behrend wurde die Beantwortung der Frage durch **Herrn Schönemann** zugesichert – verantwortlich dafür sei das Amt 41.

Weitere Fragen gab es nicht.

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

- 6.1 Umnutzung des Altenpflegeheims Waldstraße 15 in Roßlau zu einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber Information über den Maßnahmebeschluss und den Eilbeschluss zu einer außerplanmäßigen Ausgabe durch den Oberbürgermeister  
Vorlage: IV/071/2015/VI-65**

Es wurden keine Fragen geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

- 6.2 Prüfauftrag im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2015 "In welchem Umfang können Grundstückseigentümer an den Grabenpflegearbeiten beteiligt werden und inwieweit ist der Umfang speziell zuordenbarer Grabenpflegearbeiten direkt auf den Grundstückseigentümer abwälzbar."  
Vorlage: IV/028/2015/VI-66**

Es wurden keine Fragen geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

- 6.3 Aufwertung der ÖPNV Schnittstelle Bahnhofplatz Dessau  
Vorlage: BV/337/2015/VI-66**

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, führte in den Sachverhalt ein. In der Dienstberatung des Oberbürgermeisters wurde die Vorlage zurückgestellt, um die Meinung des Bauausschusses in die Entscheidung einzubeziehen. Der Bahnhofsvorplatz wurde vor 20 Jahren grundlegend hergestellt. Inzwischen gibt es aber Sanierungs- und Änderungsbedarf. Es gibt dazu zwei Optionen. Es wurde der Stadt für die grundlegende Sanierung mit Neukonfiguration der Bussteige und Aufwertung des Bahnhofsvorplatzes eine hohe Förderquote in Aussicht gestellt. Der Gesamtbetrag betrage zwar 2 Mio. Euro, der Eigenanteil aber nur 10 Prozent, also 200.000 Euro. Die Alternative wäre eine kleine Sanierung mit nur den nötigsten Sanierungsmaßnahmen ohne Förderung, die der Stadt rund 170.000 Euro kosteten. Allerdings ist die Sanierung vor 20 Jahren mit einem 40-jährigem Abschreibungszeitraum ange-

setzt wurden, die noch nicht abgeschlossen sei. Die Kämmerei müsste in der ersten Variante diese Summe konsolidieren.

**Herr Link, Tiefbauamt**, ergänzte, dass zumindest die kleine Sanierung notwendig sei, da inzwischen die Verschleißerscheinungen hoch sind: das Pflaster ist schlecht, die Blindenleitsysteme defekt und die Borde teilweise kaputt - diese drei Dinge müssten auf jeden Fall ausgetauscht werden. Es gäbe aber insgesamt keine qualitative Verbesserung gegenüber dem aktuellen Zustand und die Stadt müsse das aus dem eigenen Haushalt tragen. Das Land würde dagegen über das „Schnittstellenprogramm“ 80 Prozent einer grundlegende Sanierung/Umgestaltung fördern, die über Mittel des ÖPNV-Gesetzes auf 90 Prozent ange-reichert werden könnten wenn eine qualitative Verbesserung erreicht würde.

Es wurden in einem längeren Prozess mit Begleitung von Ämtern und Verkehrsunternehmen vom Tiefbauamt eine Grundsatzvariante mit zwei Unter-Varianten als Diskussions-Vorentwurf erarbeitet, so **Herr Link**. Diese sind ein Vorentwurf und wären nun weiterzuentwickeln. Mit der Anordnung der Busbahnsteige im „Sägezahnprinzip“ würde die Barrierefreiheit verbessert. Auch die Führung der Fußgänger zwischen der Unterführung zum Umweltbundesamt zum Hauptbahnhof soll verbessert werden. Der Platz wird aufgelockert und in der Mitte eine Grünfläche angeordnet, die einer besseren Stadtgestaltung dienen soll. Schließlich sollen auch Busparkflächen verringert und besser integriert werden. Darüber hinaus sind Bussteige für den Fernbusverkehr vorgesehen. Die direkte Anbindung der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn (DWE) an den Busbahnhof sei möglich, wenn auch dann geplante Taxi-Flächen in diesem Teil des Bahnhofsvorplatzes wegfallen. Die Varianten unterscheiden sich in der Hauptsache in der Konfiguration der Laufwege und Anordnung der zwei vorliegenden Bussteige.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, begrüßte außerordentlich die Bereitstellung von Busbahnsteigen für den Fernverkehr, da andere Städte in diesem Bereich bereits große Anstrengungen unternähmen. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fragte nach, ob Reisebusse auch Platz haben werden. **Herr Link** antwortet, in einer ÖPNV-Anlage wären Reisebusse als Gelegenheitsverkehr nicht förderfähig. Aber einzelne Bussteige könnten auch dafür genutzt werden.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, fragte nach der möglichen Anbindung der DWE. **Herr Link** erklärte, dass bis 2020 der Betrieb wie aktuell weitergeführt wird. Das Gleis muss unabhängig der DB-Station parallel zu den Bahngleisen geführt werden. Dies soll auch im nächsten Nahverkehrsplan berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage **Herrn Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, zur Versorgung von Elektroautos, antwortete **Herr Link**, dass es auf dem ÖPNV-Platz keine Angebote für private E-Mobilität geben wird, aber im Bereich Car-Sharing sei dies vorgesehen. Für Radfahrer soll eine Station auf einem noch nicht spezifizierten Platz dem Bahnhofs-gelände geben.

**Herr Otto** fragte nach der Herkunft der Planungsbüros, da diese nicht aus Dessau kommen und Aufträge nach außerhalb vergeben werden. **Herr Link** gab an, dass der Busbahnhof Anfang der 90er-Jahre von einer Kooperation aus der Ingenieurgesellschaft Kempa und der Röhr Verkehrsplanung aus dem Rheinland geplant wurde. Die Neuplanung stamme aus einem Büro in Halle. Ein entsprechendes Büro gäbe es in Dessau nicht.

Außerdem fragt **Herr Otto** nach, ob die Verschleißerscheinungen normal seien und ob die Stadt ausreichend kontrolliert habe. **Frau Driegert, Tiefbauamt**, erklärte, dass nach den damaligen bundeseinheitlichen Richtlinien (Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen [RStO] 86/89) und den Regeln der Technik gebaut wurde. Inzwischen wurde festgestellt, dass diese Regeln für Busbahnhöfe mit großer Belastung wie in Dessau nicht ausreichend waren, und die RStO inzwischen zweimal überarbeitet wurde.

**Herr Gärtner, Amt für Stadtfinanzen**, erklärte, dass der Abschreibungswert in der Doppik für alle Bestandteile außer Grünelemente für 40 Jahre festgelegt wurde. Bei Wegfall von Teilen des Objektes würden die entsprechenden Restbuchwerte sofort abgeschrieben werden. Dies würde aber nur die Teile betreffen, die tatsächlich wegfielen oder verändert würden. Die neuen Anschaffungsaufwendungen würden wieder in den Buchwert aufgenommen und dann wieder für 40 Jahre abgeschrieben werden. **Herr Schönemann** erklärte, dass eine Veränderung zumindest nicht förderschädlich sei, da die Fördermittelbindung früher ausgelaufen ist. **Herr Link** fragte nach, ob die Abschreibung über 40 Jahre überhaupt sinnvoll sei, da sich die Anforderungen ändern und Teile vorher verschleißten. **Herr Dr. Melchior** regte an, in den Abschreibungstabellen noch einmal zu überprüfen, ob der Zeitraum im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften verringert werden könnte. **Herr Schönemann** erklärte, dass vor der finanziellen Betrachtung eine fachliche stehen müsse, um sich nicht selbst zu lähmen.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, übergab eine Liste mit Anregungen aus seiner Fraktion an Herrn Link.

**Herr Schönemann** erklärte, die Vorlage sei zur Kenntnis genommen und das Votum des Bauausschusses sei es, die Variante 1 weiterzuverfolgen. Dem wurde allgemein zugestimmt.

## **6.4 Zwischenstand Umsetzung Masterplan Bauhausstadt**

**Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur**, wies auf die Maßnahmenliste mit Bearbeitungsständen für die Einzelprojekte hin. Einige Maßnahmen müssen noch mit dem Haushalt in Einklang gebracht werden. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, stimmte dem zu und appellierte daran, den Masterplan in den Einzelmaßnahmen im Haushalt durchzusetzen.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, berichtete aus der Mobilitätskonferenz von der Bauhausstiftung. Diese Thematik sollte beachtet werden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bat darum, alle Maßnahmen einzelnen durchzugehen und Verantwortlichkeiten festzulegen. Es müsse aber in der Verwaltung die Übersicht gehalten werden und Einzelfallentscheidungen müssen untereinander abgestimmt werden.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, schlug einen Projektkoordinator vor. **Herr Kuras** gab an, dass es die Stelle eines Bauhausbeauftragten noch gäbe und in diese Richtung entwickelt werden könnte. Koordinierungsinstrument sollte aber die Maßnahmenliste bleiben.

**Herr Dr. Melchior** ergänzte, aus der Liste sollte ein Haushaltsbeschluss vorbereitet werden – nach Verantwortlichkeiten der Ausschüsse getrennt und untersetzt mit Zahlen und Begründungen. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, schlug vor, dieses als Tagesordnungspunkt auf der nächsten Sitzung, eventuell mit Beteiligung der Bauhausstiftung, zu behandeln.

## **6.5 Information zum Sachstand Umsetzung Bioabfallverwertungsanlage**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wollte zum Sachstand und den künftigen Schritten informiert werden. **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erklärte, dass für die Anlage am Fuße des Deponiekörpers ein Bebauungsplanverfahren inklusive Änderung des Flächennutzungsplans nötig geworden sei. Zum Jahreswechsel 2014/2015 wurde eine Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchgeführt. In der Nachbarschaft gibt es ein genutztes Gewerbegrundstück, das durch Geruchsbelästigung gefährdet ist. Mit dem Nutzer dieses stadt-eigenen Grundstücks konnte Einigung erzielt werden, so dass keine Umwidmung in ein Sondergebiet und keine neue Beteiligung notwendig seien. Somit könne das Verfahren geradlinig weiter geführt werden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **6.6 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

### *Ersatzneubau Muldebrücke BW 11*

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, erklärte, dass man sich im Verzug befinde. Einige Gründe sind bauherrenbedingt – vor allem die Kampfmittelbeseitigung, Probleme im Baugrund (bei der Behelfsbrücke und bei Fundamenten der alten Brücke inklusive Gründungsteile noch älterer Brückenbauwerke) und Probleme beim Abtragen des Überbaus wären hier zu nennen.

Andere Verzögerungen seien eindeutig durch den Auftragnehmer bedingt – vor allem in der Organisation des Bauablaufs. Dadurch verschieben sich alle anderen Bauphasen. Mit einem Bauabschluss könne nach derzeitigem Stand frühestens im 1. HJ 2017 gerechnet werden. Jedoch bestehe mit dem Auftragnehmer noch kein abgestimmter Bauplan. Derzeit gebe es Unstimmigkeiten bezüglich Verantwortlichkeit und finanzieller Auswirkungen. Sowohl die Stadt als auch der Auftragnehmer haben ein spezialisiertes Büro für Bau- und Architektenrecht engagiert.

Zurzeit sind Nachträge in Höhe von 1.137.000 EUR bereits geprüft und unstrittig. Über weitere Nachträge gibt es jedoch noch keine Einigung, für einige ist eine gerichtliche Entschei-

dung wahrscheinlich. Das ist bereits rund die Hälfte der „Kalkulationsreserve“ von knapp 3 Mio. EUR bei einem Gesamtvolumen von 18,15 Mio. EUR. Allein die Behelfsbrücke koste aber 50.000 EUR im Monat.

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, fragte, warum der Auftragnehmer nicht ausgewechselt wird. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erwiderte, dass dies zu noch größeren Verzögerungen und unklarem finanziellen Ausgang führen würde. Es gehe jetzt hier um Kostenminimierung. **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, und **Herr Pfefferkorn** pflichteten dem bei.

#### Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Der Stand hierzu sei leider unverändert, so **Herr Pfefferkorn**. Es mangelte vor allem an Personalkapazitäten im Tiefbauamt und den entsprechend gesetzten Prioritäten. Vor der Ostrandstraße liegen die aktuell wichtigen Themen: Vorbereitung der Kavallerstraße und Museumserschließung, die Steuerung der Muldenbrücke, Infrastrukturprojekt Hafen/DHW. Es soll für die Ostrandstraße aber eine weitere Stelle beantragt werden. Der objektive Verzug liege derzeit bei sechs Monaten.

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, berichtete gleiches für seine Funktion als Planfeststellungsbehörde. Die Belastung als Vertretung des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung lasse keine weitere Bearbeitung zu – die Situation werde sich im nächsten Jahr entspannen. Der Oberbürgermeister wisse um die Situation.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, und **Herr Schönemann** erklärten, dass dies politisch im nächsten Jahr mit dem Oberbürgermeister und den neuen Dezernenten besprochen und die Prioritätensetzung in der Verwaltung verändert werden müsse. Es gebe verkehrssystemische und fördermitteltechnische Notwendigkeiten.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, wies darauf hin, dass im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2019 die Prioritäten in der Kavallerstraße richtig lägen.

**Herr Schönemann** fragt nach den zeitlichen Konsequenzen. **Herr Meister** antwortet, dass die neue Zielstellung für die Beschlussfassung nun Ende Juli 2016 sei.

#### Umgestaltung Kavallerstraße in Dessau-Roßlau

Zu diesem Thema gäbe es keinen neuen Sachstand und der Projektsteuerer Herr Jähne sei im Urlaub, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**. Herr Schönemann zeigte sich nicht einverstanden, dass kein Sachstand vorgetragen wird, weil der Bearbeiter im Urlaub sei.

**Herr Meier** beanstandete, dass die Sondersitzung des Ausschusses am 24.04.2015 nicht im Netz angelegt sei und somit das Protokoll nicht jedem Interessierten zur Verfügung stünde.

#### Ersatzneubau „Südschwimmhalle“

**Herr Meister** berichtete, dass die Ausschreibung parallel zum Bebauungsplanverfahren in Bearbeitung sei. Stellungnahmen und Einwendungen wurden geprüft. Dies habe keine gravierenden Sachverhalte ergeben, sodass die Beschlussfassung gefertigt werden kann. **Herr Schönemann** fragte nach, ob sich bei Terminen und Kosten Änderungen ergeben haben. **Herr Meister** bekräftigte, dass sich zum Sachstand der letzten Sitzung nichts geändert habe.

**Herr Schönemann** informierte weiterhin, dass eine Beratung über den Schülerverkehr Dessau – Roßlau am 23.11.2015 stattgefunden hatte. **Herr Link, Tiefbauamt**, erklärt dazu, dass es bezüglich des Busverkehrs Beschwerden hinsichtlich der Pünktlichkeit und Kapazität als auch zum Fehlverhalten beim Fahrpersonal gegeben habe. Es hat inzwischen disziplinarische Konsequenzen und auch kleine Fahrplanänderungen gegeben, um das Umsteigen zu erleichtern und Kapazitäten besser zu verteilen. Kontrollfahrten von Herrn Link haben keine weiteren Probleme ergeben. Es soll auch wieder Fahrplankonferenzen geben, um gemeinsam ins Gespräch zu kommen und die Organisation zu verbessern. Für den neuen Fahrplan wird es bereits Umsetzungen geben.

## 6.7 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, fragte nach dem Status des Verfügungsfonds für das erweiterte Fördergebiet. Dazu liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Eine zweite Frage seitens **Herrn Meier** betraf die Besetzung der Stelle für das Energiemanagement. **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, antwortete, dass die Beantragung durch das Amt für Umwelt- und Naturschutz erfolge, der Vorgang aber noch in Bearbeitung sei.

Weitere Anfragen und Informationen gab es nicht.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 Pächterlass für leergefallene Gärten der im Eigentum der Stadt befindlichen Flächen Vorlage: BV/274/2015/Linke

**Herr Schwabe, Fraktion der CDU**, zeigte sich verwundert darüber, dass die Vorlage weiterhin thematisiert wird, obwohl sie im Finanzausschuss zurückgestellt wurde. Er lehnte deshalb eine weitere Behandlung ab. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bekräftigte, dass das Ansinnen weiterhin von hoher Bedeutung ist und er eine fachliche Vorberatung trotzdem für notwendig erachte.

**Herr Ludolf, Stadtverband der Gartenfreunde Dessau e.V.**, erläuterte die aktuelle Situation der Kleingartenverbände. Die immer häufiger aus sozial schwachen Schichten stammen-

den Pächter könnten die Gelder kaum noch aufbringen. Er setzte sich deshalb dafür ein, den Pachtzins zumindest für ein weiteres Jahr beizubehalten.

Zudem erhöhe sich auch der Leerstand immer mehr, so **Herr Ludolf**, was einen Rückbau notwendig mache. Hierfür könnte eventuell ein Fördermittelantrag gestellt werden. Im Falle der Pächterhöhung bat **Herr Ludolf**, die zusätzlichen Einnahmen für den Rückbau einzusetzen.

**Herr Schönemann** machte noch einmal die soziale Bedeutung der Gartenanlagen deutlich und wurde hierbei durch **Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, unterstützt. Auf Grund der bereits erfolgten Grundsteuererhöhung müsste der Pachtzins beibehalten werden, so **Frau Benckenstein**.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erkundigte sich nach einem Entwicklungskonzept der Gartensparten. Die Fortschreibung eines solchen Konzepts wurde kürzlich beschlossen, so **Herr Ludolf**, und könne voraussichtlich bis Mai 2016 vorgelegt werden. Hierfür soll vor allem die Förderfähigkeit der einzelnen Flächen ermittelt werden.

Auf die Frage **Herrn Ottos, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, nach der Erörterung des Prüfauftrags im Finanzausschuss, verwies **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, auf die Anlage 2 der Beschlussvorlage. Konsens war es demzufolge, den Pachtzins auf 12 ct pro m<sup>2</sup> zu erhöhen und ihn für leerstehende Flächen bei 1 ct pro m<sup>2</sup> zu belassen. Nach Ansicht **Herrn Schönemanns** sei diese Erhöhung zu drastisch. Die Anlagen seien auch wichtig für die Stadtentwicklung, so dass er für eine maßvolle Vorgehensweise appellierte.

**Herr Otto** zeigte Verständnis für die Problematik. Die Fraktion Pro Dessau-Roßlau spricht sich gegen die Erhöhung des Pachtzinses aus, unterstütze jedoch den Pachtzins von 1 ct pro m<sup>2</sup> für die leergefallene Flächen. Eventuell sollte man auf Asylbewerber zugehen, um diese als neue Pächter zu gewinnen.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, unterstützte ebenfalls die Beibehaltung von 1 ct für leerstehende Gärten. Wichtig sei vor allem ein tragfähiges Entwicklungskonzept. Eventuell könnte man dieses durch die Aussetzung der Erhöhung für ein Jahr sicherstellen oder die Einnahmen konkret dafür verwenden.

**Herr Schönemann** hielt in diesem Zusammenhang einen finanziellen Ansatz im Haushalt für unabdingbar. Da der Stadtverband der Gartenfreunde Dessau e.V. die Kosten für ein Entwicklungskonzept (nach Aussage Herrn Ludolfs etwa 5.000 EUR) nicht mehr selbstständig tragen kann, sollte dies für die Haushaltsanmeldung berücksichtigt werden.

**Herr Schwabe** wollte wissen, wann die letzte Pachtzinserhöhung stattgefunden hatte. Dies sei 2011 erfolgt, so **Frau .....** Weiterhin unterstützte **Herr Schwabe** grundsätzlich den im Finanzausschuss gefundenen Konsens. Trotzdem befand er Herrn Ludolfs Vorschlag, die Erhöhung zur Bildung entsprechender Rückstellungen des Gartenverbandes zu nutzen. So würde der Verband entlastet.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich, mit welchem Anteil sich die Erhöhung tatsächlich auf den einzelnen Pächter auswirken würde. **Herr Ludolf** erläuterte die Zusammensetzung der Kosten aus Pacht und Mitgliedsbeitrag.

**Herr Pietsch, Fraktion der CDU**, machte seine Meinung deutlich, dass die Erhöhung sehr minimal im Vergleich zu den übrigen Kosten sei, die ein Pächter zu tragen hat. Er halte die Diskussion deshalb für überflüssig. Trotzdem müsse man der Kostenentwicklung entgegenwirken, so **Herr Schönemann**. Zudem gehe es hauptsächlich um den Verband, nicht um den einzelnen Pächter, so **Herr Pätzold, Fraktion die Linke**.

**Herr Hartmann** regte die Vertagung der Angelegenheit an. Wenn im Frühsommer das Entwicklungskonzept vorliege, hätte man genügend Zeit, um über eine Erhöhung für 2017 zu entscheiden. Bis dahin sollte der aktuelle Zinssatz beibehalten werden.

Nach Ansicht **Herrn Meiers** könne über die Vorlage so nicht entschieden werden. Eine neuerliche Diskussion innerhalb der Fraktion sei unerlässlich. **Herr Meister** wies an dieser Stelle darauf hin, dass die BV/298/2015/VI-66 zum Neuabschluss des Generalpachtvertrages auf Grund der Hinweise des Finanzausschusses angepasst wurde und deshalb auch so belassen wird.

Da es noch einige Unstimmigkeiten zur Thematik gab und neue Argumente abgewogen werden müssten, plädierten **Herr Dr. Melchior** und **Herr Meier** dafür, über die Vorlage im Hauptausschuss am nächsten Tag zu entscheiden. Dieser Vorschlag wurde allgemein unterstützt, so dass die Entscheidung vertagt wurde.

**Herr Otto** sprach sich noch einmal für die Notwendigkeit eines Entwicklungskonzeptes aus. Dieses müsse vor allem unter dem Gesichtspunkt der Bevölkerungsentwicklung erstellt werden. Anstelle von parzellenweisem Rückbau müsste die Stilllegung gesamter Anlagen überdacht werden, wo ohnehin nur noch wenige Pächter sind und eine andere städtebauliche Nutzung möglich wäre.

**Herr Schwabe** brachte erneut seine Verwunderung zum Ausdruck, ob durch die Vertagung nicht Verfahrensfehler entstehen. Auch **Herr Meister** gab zu Bedenken, dass eine Vertagung lediglich auf den nächsten Bauausschuss möglich sei. Er würde eine Abstimmung mit kollektiver Enthaltung für zweckmäßiger erachten. **Herr Otto** verdeutlichte, dass man nicht auf den nächsten Bauausschuss, sondern auf den Haupt- und Personalausschuss am nächsten Tag vertagen wolle. **Herrn Schönemann** zufolge sei eine derartige Vorgehensweise durchaus möglich. Damit zeigten sich alle Mitglieder einverstanden.

## **7.2 Pachteinnahmen von Kleingärten 1. Prüfauftrag zum Haushalt 2015 "Erhöhung Pachterträge aus Kleingärten" 2. Festsetzung Pachtzins Vorlage: BV/298/2015/VI-66**

## **7.3 Änderung der Satzung über den Ausschluss und die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Verfügungsberechtigten von Grundstücken in der Stadt Dessau-Roßlau (Ausschlussatzung Abwasser) Vorlage: BV/304/2015/VI-66**

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, fragte nach, ob tatsächlich für einige Ortsteile kein Anschluss vorgesehen sei. **Herr .....**, **Tiefbauamt**, gab an, dass entsprechend dem Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Dessau-Roßlau etwa 350 Grundstücke nicht an die zentrale Abwasserbeseitigung angeschlossen werden. Die Eigentümer müssen durch eigene Anlagen die Beseitigung sicherstellen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

- 7.4 Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau "(Abwassersatzung)" und Änderung der "Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)"  
Vorlage: BV/305/2015/VI-66**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.5 Bewilligung von Fördermitteln für die Aufwertungsmaßnahme "Aufwertung des Y-Wohnhauses Friedrichstraße 17" aus dem Programm "Stadtumbau-Ost" des Programmjahres 2014 im Fördergebiet Innenstadt  
Vorlage: BV/231/2015/VI-61**

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, bat um Erläuterung des Begriffs Experimentierklausel. Dies sei eine Möglichkeit für finanzschwache Kommunen, dass der Fördermittelempfänger den Pflichtanteil der Stadt auf 10 Prozent reduzieren darf, so **Herr Schmieder, Amt für Stadtplanung, Geodienste und Denkmalpflege**.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**6 : 0 : 1**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

-

**7.6 Bewilligung von Fördermitteln für die Aufwertungsmaßnahme "Sicherung VorOrt-Haus, Wolfgangstraße 13" aus dem Programm "Stadtumbau-Ost" des Programmjahres 2014 im Fördergebiet Innenstadt  
Vorlage: BV/232/2015/VI-61**

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, verlässt den Raum wegen Befangenheit.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**6 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

### **7.7 Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der "Gestaltungssatzung für einen Teil des Sanierungsgebietes Dessau-Nord" Vorlage: BV/290/2015/VI-61**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bat darum, sich dieser Thematik im kommenden Jahr noch einmal intensiver zu widmen. Auf Grund der geringen Zeit, wolle er einer umfangreichen Diskussion jedoch diesmal keinen Raum geben.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass es Wunsch des Stadtrates war, verschiedene Satzungen zu überarbeiten. Da jedoch derzeit andere Aufgaben Vorrang haben, kann dies erst bis zur zweiten Jahreshälfte 2016 abschließend erfolgen.

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, erläuterte zudem, dass die Satzungen, welche Gegenstände der TOP 7.7 bis 7.14 sind, inhaltlich kaum voneinander abweichen. Die Geltungsdauer von bisher 5 Jahren soll auf unbefristet geändert werden, so dass eine abschließende Bearbeitung zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist. In der Dienstberatung des Oberbürgermeisters wurde vereinbart, diese Vorlagen in einem TOP abzustimmen. Hierfür erbat **Herr Meister** die Zustimmung der Ausschussmitglieder. **Herr Schönemann** gab daraufhin zu bedenken, dass die Titel der Vorlagen komplett vorgelesen werden müssen, um Verfahrensfehler auszuschließen. **Frau Jahn** fügte noch hinzu, dass alle beteiligten Ortschaftsräte ihre Zustimmung erteilt hatten.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wollte sicherstellen, dass alle Einzelfallentscheidungen weiterhin im Ausschuss diskutiert werden. Dies werde selbstverständlich weiterhin so gehandhabt, so **Frau Jahn**.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

- 7.8**      **Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der Satzung der Stadt Dessau über die Erhaltung und Gestaltung für das Gebiet a) Funkplatz, b) Albrechtstraße und Albrechtsplatz, c) Lidiceplatz, d) Medicusstraße**  
**Vorlage: BV/291/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.9      Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der Gestaltungssatzung für das Sanierungsgebiet "Altstadt Roßlau"  
Vorlage: BV/292/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.10      Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der 1. Änderung der  
"Gestaltungssatzung Waldesruh" im Stadtteil Roßlau  
Vorlage: BV/293/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.11 Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der Gestaltungssatzung für die Einfamilienhaussiedlung Dessau-Waldersee  
Vorlage: BV/294/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

- 7.12 Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung für die Bauhaussiedlung Dessau-Törten einschließlich Laubenganghäuser und Leopold-Fischer-Häuser im Großring  
Vorlage: BV/314/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

- 7.13 Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der örtlichen Bauvorschriften in den rechtskräftigen Bebauungsplänen B 122, B 136 A2, B 136 B, B 136 C, B 136 D, B 146, B 157 sowie im Vorhaben- und Erschließungsplan Plan Nr. 17  
Vorlage: BV/318/2015/VI-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.14      Beschluss über die unbefristete Weitergeltung der Stellplatzsatzung  
der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/315/2015/VI-63**

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, übergab den folgenden Änderungsantrag: „Die Verwaltung erarbeitet eine Neufassung der Satzung im Sinne der Neuordnung der Stellplätze für Kfz und Fahrräder in Umsetzung des Radverkehrskonzeptes.“

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, sah dies problematisch. Vorerst gehe nur darum, die Satzung lückenlos weitergeltend zu lassen, um sich zu einem späteren Zeitpunkt intensiver mit der Thematik zu beschäftigen, was ohnehin geplant sei. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, schlug vor, es als Auftrag zur weiteren Bearbeitung durch die Verwaltung in das Protokoll aufzunehmen. Damit zeigte sich **Herr Meier** einverstanden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.15 B-Plan Nr. 131 "Rotdornweg" - Einstellung des Bebauungsplanverfahrens  
Vorlage: BV/300/2015/VI-61**

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, wollte wissen, ob der Rotdornweg im Innen- oder Außenbereich nach BauGB liegt. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass man sich dort im Innenbereich befinde. Daraufhin hakte **Herr Meier** nach, ob dort weiterhin die Pflicht für einen Bebauungsplan (B-Plan) bestehe und wie es sich im Außenbereich verhalte. **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erläuterte das ursprüngliche Ansinnen des B-Plans: Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Da es dort aber nun viele Einzelfälle gibt, hat der Landesgesetzgeber dies nicht mehr zugelassen. Man habe versucht, deutlich zu machen, dass man dies auch auf der Ebene der Bauleitplanung klären könne, so **Frau Jahn**, dies wurde jedoch nicht akzeptiert. Deshalb soll der aktu-

elle B-Plan nun aufgehoben werden. Im neuen Jahr wird ein Umlegungsverfahren stattfinden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

**7.16      Aufstellungsbeschluss - 1. Ändeung des Bebauungsplans Nr. 101-G2  
"Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2"  
Vorlage: BV/355/2015/VI-61**

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, gab an, dass er das Ansinnen der Beschlussvorlage nicht durchschauen konnte. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zeigte sich verwundert darüber, dass der gesamte B-Plan geändert werden solle. Aus seiner Sicht sei dies nicht notwendig.

**Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, gab an, dass der Lechner Park ursprünglich als bauaffines Gewerbegebiet angedacht war. In diesem Sin-

ne sind eigene Festsetzungen gemacht worden, die sonst allgemein nach Baunutzungsverordnung für Gewerbegebiete gelten, sind nicht Bestandteil des B-Plans – zulässige und ausnahmsweise zulässige Vorhaben. Diese können nun nicht im Lechner Park angewendet werden. Er bat die Ausschussmitglieder, die Ermächtigung zu erteilen, in eine Ermessensprüfung einsteigen zu dürfen, falls Bauanträge vorliegen, die sich momentan nicht in den B-Plan einordnen lassen, die ab er zu eine Revitalisierung des Lechner Bauparks beitragen könnten. Dabei handelt es sich um ausschließliche Nutzungen, die prinzipiell in Gewerbegebieten als Ausnahme zulässig wären, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**. **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, gab an, dass der letzte Wirtschaftsausschuss im Lechner Park stattgefunden hatte. Dabei hatte ein neuer Investor seine Probleme geschildert. Demzufolge sei eine geplante Tagespflege mit 10 bis 11 Patienten derzeit nicht genehmigungsfähig. Eine Änderung muss erfolgen, um über solche Ausnahmen künftig entscheiden zu können. **Frau Jahn** versicherte, dass trotzdem weiterhin über jede Ausnahme im Bauausschuss diskutiert werden wird.

**Herr Schwabe, Fraktion der CDU**, gab an, der Beschlussvorlage nicht zustimmen zu wollen, da man das Ausmaß derzeit nicht abschätzen könne. Darauf erwiderte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass es darum gehe, Voraussetzungen für eine Entwicklung zu schaffen, die derzeit einfach nicht möglich ist. **Herr Meier** gab zu bedenken, dass man das stadtplanerische Ziel nicht aus den Augen verlieren dürfe. Derartige Einrichtungen sind eher in der Innenstadt gewünscht. Eine Revitalisierung ist jedoch von großer Wichtigkeit, so **Herr Schönemann**.

Weiterhin betonte **Herr Schmidt**, dass eine Ausnahme natürlich nie dazu führen darf, die Eigenart und Zweckbestimmung des Gewerbegebiets aufzugeben und versuchte damit die Bedenken zu zerstreuen. Dies unterstützte **Frau Jahn**. Es stehe nicht zu befürchten, dass dort ein Krankenhaus entstehe. Allerdings bestehe die Gefahr, dass dort ein Gesundheitszentrum entsteht, so **Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**. Er hielt es für bedenklich den Weg dafür zu öffnen, da es einer Revitalisierung der Innenstadt nicht zuträglich wäre.

Es liege aber in der Entscheidung potenzieller Patienten, ob sie ihren Arzt dort wählen möchten, so **Herr Otto**. Vor allem angesichts des bestehenden Ärztemangels sollte man solche Optionen nicht ausschließen. **Herr Schönemann** erkundigte sich, ob es möglich sei, diese Bedenken im B-Plan zu artikulieren. **Herr Schmidt** gab an, dass man in die Begründung aufnehmen könne, welches Konzept verfolgt werden soll. Damit zeigte sich **Herr Dr. Melchior** einverstanden.

Für **Herrn Schwabe** war es weiterhin unklar, wie der Umfang begrenzt werden kann. Nach **Herrn Schönemanns** Meinung sollte man diese Entscheidung aufschieben. Tatsächlich handelte es sich bei Arztpraxen um Gewerbebetriebe, so **Herr Otto**. Deren Ansiedlung könne somit ohnehin nicht verhindert werden. Demzufolge plädierte er dafür, über Einzelfälle später zu entscheiden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**5 : 0 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

-

**7.17 Neuabschluss des Generalpachtvertrages zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und dem Stadtverband der Gartenfreunde Dessau e. V.  
Vorlage: BV/219/2015/VI-66**

Rückfragen wurden nicht geäußert, so dass die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

-

## **7.18 Radverkehrskonzept der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/317/2015/VI-66**

Der vorliegende Entwurf des Radverkehrskonzepts sei das Ergebnis einer sehr intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit der Stadt mit den Interessenverbänden der Radfahrer, den zuständigen Behörden und den Bürgern, so **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Auf Grundlage einer sehr aufwändigen Analyse wurde durch Workshops ein gutes Konzept erarbeitet. Es zeigt konkrete Maßnahmen auf und setzt abgestimmte Prioritäten. Ziel ist dabei die Förderung des Radverkehrs und die deutliche Steigerung des Anteils am städtischen Verkehr. **Herr Pfefferkorn** bedankte sich für die Zusammenarbeit.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erkundigte sich, ob der Antrag zur Verlegung des Elberadwegs in die Innenstadt darin enthalten sei. Die geplante Verlegung sei enthalten, so **Herr Link, Tiefbauamt**, jedoch nicht die konkrete Streckenführung. Die ursprünglich drei geplanten Varianten konnten auf zwei reduziert werden.

**Herr Pietsch, Fraktion der CDU**, wollte wissen, ob auch die Elballee aufgenommen wurde. Aus seiner Sicht sei der Zustand der Radwege nicht zufriedenstellend. Dies hänge mit der geschützten Allee bzw. dem empfindlichen Wurzelwerk der Bäume zusammen, so **Herr Pfefferkorn**. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Elberadwegs könne man dieses Problem endlich angehen. Bei einer notwendigen Erneuerung der Elballee, sei ein komplett neuer Straßenquerschnitt erforderlich, so **Herr Link**. Dann könne die Fahrbahn bedenkenlos von Radfahrern genutzt werden.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 20.10 Uhr geschlossen.

-

**10 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 24.05.16

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt    Schriftführer